

Liebe Freundinnen und Freunde,

Wie wir alle wissen, ist der Aufstieg der AfD eine bedrohliche Entwicklung in unserer Gesellschaft. Aber was wir hier erleben, ist nicht bloß eine Veränderung der Wahlergebnisse. Es ist der schleichende, aber spürbare Erfolg einer Partei, die mehr und mehr die gesellschaftliche Mitte durchdringt und den gesamten politischen Diskurs nach rechts verschiebt. Vorletztes Jahr noch bei 20 Prozent, letztes Jahr bei den Wahlen in Ostdeutschland schon bei über 30 Prozent: Die AfD hat im vergangenen Jahr mehr als zehn Prozentpunkte dazugewonnen – und das nicht nur bei Wahlen, sondern vor allem auch bei der Zunahme von Hass und Hetze im Alltag, in den Medien und in den Wahlprogrammen vieler anderer Parteien.

Schaut man auf die Bilder von den Demonstrationen gegen die AfD – 6.000 Menschen in Kaiserslautern, 15.000 in Riesa – dann sieht man ein starkes Signal des Widerstands. Doch trotz dieses klaren Widerstandes gegen die AfD tut sich in der politischen Praxis kaum etwas. Kein ernsthaftes Verbotverfahren, keine konkreten Schritte, um dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzutreten. Stattdessen erleben wir eine Zunahme von Repressionen gegen alle, die sich rassistischer Hetze und autoritären Tendenzen entgegenstellen.

Die Polizei, die eigentlich für den Schutz der Bürger zuständig sein sollte, ist auch in dieser Entwicklung nicht ausgenommen. Der Fall von Nam Duy Nguyen, dem linken Landtagsabgeordneten, der bei einem friedlichen Protest in Riesa von einem Polizisten bewusstlos geschlagen wurde, ist kein Einzelfall. Die Recherche des ZDF rund um den Frankfurter „Itiotentreff“ hat sehr deutlich gezeigt, welches Gedankengut in Polizeikreisen Einzug gehalten hat.

Aber nicht nur dort, sondern auch im Alltag zeigt sich mittlerweile die Verrohung und Gewaltverherrlichung. Da wird zum Beispiel dazu aufgerufen, Politiker*innen aufzuhängen, Umweltschützer*innen mit dem Auto zu überfahren oder auf dem Mittelmeer Schiffe-Versenken zu spielen. Und das sind keine Zitate von AfD-Mitgliedern, sondern von Menschen, die sich selbst mit voller Überzeugung als bürgerlich bezeichnen würden. Diese Rhetorik, die natürlich vor allem von der AfD geprägt wurde, ist also längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Und sie dient in erster Linie einem Ziel: Den Menschen Angst zu machen, die sich gegen den aufstrebenden Faschismus zur Wehr setzen.

Und es ist beängstigend, wie wenig der Staat dagegen tut. Also müssen wir uns selbst helfen! Wir müssen zivilgesellschaftlichen Widerstand aufbauen, Netzwerke bilden, uns gegenseitig schützen und stärken. Denn wenn wir das nicht tun, dann tut es niemand für uns. Deswegen habe ich eine Bitte an euch. Sucht euch hier unter den Anwesenden mindestens einen Menschen aus, den ihr noch nicht kennt – und redet mit dem. Lernt ihn kennen und tauscht vielleicht auch Kontaktdaten aus. Vernetzt euch und unterstützt einander. Und seht an der Stelle mal darüber hinweg, wenn ihr vielleicht verschiedenen Vereinen oder Parteien angehört. Für die AfD sind wir sowieso laut Alice Weidel alle bloß der „Linke Mob“. Da können wir uns auch als solcher zusammentun.

Denn das Motto „Nie wieder ist jetzt!“ gilt heute immer noch genauso wie vor einem Jahr. Denn nie wieder ist immer noch. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Faschismus sich noch einmal in unserem Land breit macht. Manche Menschen sind anscheinend zu ignorant und zu geschichtsvergessen, um sich zu erinnern, was Faschisten in der Vergangenheit in Deutschland angerichtet haben. Aber wir haben das nicht vergessen. Und wir werden weiter Widerstand leisten, genau wie vor einem Jahr schon. Solidarisch, demokratisch und vor allem unermüdlich. Denn es ist schon längst nicht mehr 5 vor 12. Es ist 5 vor 33.

- Ellen Oelkers, Die Linke BV Westpfalz